



In Kronshagen gibt es zwei Grundschulen dicht beieinander: die neue Eichendorff-Schule (links) und die mehr als 100 Jahre alte Brüder-Grimm-Schule.

FOTO: SVEN JANSSEN

Beschluss macht Bürgerentscheid unnötig

Gemeindevertretung stimmt mit Mehrheit von CDU und FSK für Grundschulfusion im Jahr 2018

VON TORSTEN MÜLLER

KRONSHAGEN. Die Fusion kommt ein Jahr später. Kronshagen plant die Zusammenlegung der beiden Grundschulen erst für das Schuljahr 2018/19. Diese Entscheidung fällt die Gemeindevertretung am Dienstag mit der Mehrheit von CDU und FSK sowie einer Stimme der Grünen, SPD und UKW waren mit acht Stimmen dagegen. Der für den 7. Mai angefallene Bürgerentscheid entfällt damit.

Zuvor hatte die Vertretung einstimmig bei Enthaltung der Grünen ein klares Signal an die Initiatoren und die mehr als 2000 Unterstützer des Bürgerbegehrens gesendet: „Eine Fusion der Eichendorff-Schule und der Brüder-Grimm-Schule zu einer großen Grundschule mit über 450 Kindern zum Schuljahr 2017/18 erfolgt nicht.“ Da dieser Beschluss identisch mit dem Ziel des Bürgerbegehrens ist, wird der Bürgerentscheid überflüssig. Die Kommunalaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde hatte zuvor mitgeteilt, dass sie beabsichtige, das Begehren für zulässig zu erklären.

Erneut hatte sich die Vertretung in einer mehr als dreistündigen Sitzung mit dem seit mehreren Monaten heiß diskutierten Thema unter Einbe-

ziehung vieler Bürger auseinandergesetzt. Kollegium und Eltern der Brüder-Grimm-Schule fordern eine schnelle Zusammen-



Thomas Kahle, CDU-Fraktionschef. FOTOS: TM

legung der Grundschulen, um eine bessere soziale Durchmischung der Klassen zu erreichen. Der Anteil von Migrantenkindern liegt bei ihr mit etwa 40 Prozent

Wir verkaufen unsere Überzeugung nicht für Wahlstimmen.

Thomas Kahle, CDU-Fraktionschef

wesentlich höher als an der Eichendorff-Schule. Deren Eltern und Lehrer sprechen sich jedoch gegen eine schnelle Fusion aus. Sie wollen eine ergebnisoffene Diskussion mit

Mehrheit in der Gemeindevertretung jedoch nur in der Fusion die Möglichkeit, die Durchmischung der Klassen und damit die Bil-



Gunnar Heintze, SPD-Fraktionsvorsitzender.

dungschancen aller Kinder zu verbessern. Während sich SPD und UKW für ein unverzügliches und ergebnisoffenes Mediationsverfahren vor einem Beschluss zur Zusammenlegung aussprechen, beauftragte die Mehrheit Bürgermeister Ingo Sander (CDU), die Fusion jetzt beim Ministerium zu beantragen und nach der Bestätigung den Fusionsprozess beider Schulen unter professioneller Begleitung sowie unter Einbeziehung der jeweiligen Kollegen und Eltern zu beginnen. Für die externe Beratung bewilligte die Vertretung 15 000 Euro.

„Im Interesse neuer Erstklässler war es uns wichtig gewesen, die Fusion bereits in diesem Jahr umzusetzen. Wir akzeptieren aber das Bürgerbegehren“, betonte Thomas Kahle, CDU-Fraktionschef. Auf den Vorwurf der Initiatoren des Bürgerbegehrens, bei

CDU und FSK kein Gehör gefunden zu haben, erwiderte er: „Wir hören schon zu, ob sie aber die richtige Antwort erhalten, ist eine andere Frage. Wir verkaufen unsere Überzeugung nicht für Wahlstimmen.“ Andrea Lintfoot (CDU), Schulausschussvorsitzende, beklagte, dass es beiden Schulen bisher nicht gelungen sei, die Pausenzeiten anzugleichen: „Offenbar geht es nicht ohne Druck.“

Gunnar Heintze, SPD-Fraktionschef, sah durch das Bür-



KOMMENTAR
TORSTEN MÜLLER
KRONSHAGEN

Respekt!

☉ Zugegeben: Die monatelange Debatte um die mögliche Fusion der beiden Grundschulen in Kronshagen war anstrengend und teilweise nervtötend. Aber Respekt! Dass sie in dieser Breite und Intensität geführt werden konnte, ist das große Plus in einer Zeit, in der Demonstrationen weltweit unter

gerbegehren einen Anlass, „Luft anzuhalten und über Alternativen nachzudenken“. Der Vorstoß von SPD und UKW, eine teilweise oder völlige Verlagerung des Dez-Zentrums an die Eichendorff-Schule zu prüfen, fand keine Mehrheit. Auf Nachfrage dieser Zeitung stufte Schulleiter André Berg diesen Vorschlag als „nicht sinnvoll“ ein. Die Brüder-Grimm-Schule mache die Arbeit „hervorragend“, zudem gingen die Zahlen kreis-

weit zurück.

Druck stehen. Weniger erfreulich waren die Begleiterscheinungen außerhalb der öffentlichen Sitzungen: der aggressive und teilweise verletzende Umgang miteinander – junge Familien schienen im Kriegszustand zu sein.

Mit dem Bürgerbegehren nutzen die Fusionsgegner eine gesetzlich verankerte Bremsmöglichkeit. Folge ist jedoch, dass sich die bestehende soziale Ungleichheit in den Eingangsklassen noch ein weiteres Jahr fortsetzen wird. Es bleibt zu hoffen, dass der nicht einstimmig gefasste Fusionsauftrag nun von allen im Interesse der Kinder umgesetzt wird.